



Bundesamt für  
Verfassungsschutz

# Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – ein Traditionselement des deutschen Linksextremismus



**bfv-themenreihe**

### **Impressum:**

Herausgeber: Bundesamt für Verfassungsschutz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Merianstraße 100  
50765 Köln  
E-Mail: [pressereferat@verfassungsschutz.de](mailto:pressereferat@verfassungsschutz.de)  
<http://www.verfassungsschutz.de>

Layout und Satz: Bundesamt für Verfassungsschutz  
IT 21.2 PrintCenter

Stand: April 2008

Dieser Text wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Er darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Bundesamtes zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Schrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

Auszugsweise Wiedergabe mit Quellenangabe gestattet.

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorbemerkung</b>	<b>4</b>
<b>2. Historisch-ideologischer Hintergrund</b>	<b>4</b>
<b>3. Liebknecht-Luxemburg-Demonstration (LL-Demo)</b>	<b>7</b>
<b>4. „Rosa-Luxemburg-Konferenz“</b>	<b>9</b>
<b>5. Rechtsextremistische Aktivitäten</b>	<b>10</b>
<b>6. Wertung</b>	<b>11</b>

## 1. Vorbemerkung

Am 13. Januar 2008 fand in Berlin die - nach Zählweise der Veranstalter - 89. Liebknecht-Luxemburg-Demonstration statt. Es nahmen ca. 3.500 (nach Pressemeldungen: 10.000) Personen teil. Zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis von Linksextremisten unterschiedlicher, jedoch vorrangig marxistisch-leninistischer Orientierung aufgerufen.

Einen Tag zuvor hatte die marxistische Tageszeitung „junge Welt“ die „XIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz“ veranstaltet.

Im folgenden Text wird dargestellt, mit welchen politischen Inhalten Linksextremisten die Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbinden. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob es tatsächlich eine inhaltliche Kontinuität und Kohärenz zwischen dem Denken und Wirken Luxemburgs und solchen Linksextremisten gibt, die sich einer Kritik des Stalinismus verweigern und sich weiterhin als Marxisten-Leninisten verstehen.

## 2. Historisch-ideologischer Hintergrund

Mit den beiden Veranstaltungen wird an die am 15. Januar 1919 von Freikorps-Offizieren ermordeten Gründungsmitglieder der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, erinnert. Luxemburg und Liebknecht gehörten Anfang des 20. Jahrhunderts dem revolutionär-marxistischen Flügel der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) an. Im Laufe der innerparteilichen Debatte über die Haltung zum 1. Weltkrieg gründeten sie die „Gruppe Internationale“ und die „Spartakusgruppe“ (später „Spartakusbund“). Während der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November 1918 die deutsche Republik proklamierte, rief Liebknecht am gleichen Tag die „Freie Sozialistische Republik“ aus (parlamentarische Demokratie vs. Räteherrschaft). Zum Jahreswechsel 1918/19 schlossen sich verschiedene linkssozialistische und kommunistische Gruppen (z.B. „Spartakusbund“, „Internationale Kommunisten Deutschlands“) zur KPD zusammen, deren Programm Luxemburg verfasste („Spartakusprogramm“). Luxemburg und Liebknecht übernahmen leitende Funktionen in der Partei und dem Zentralorgan „Die Rote Fahne“.

Während des „Januaraufstands“ riefen KPD und andere Organisationen zum politischen Massenstreik und zur Volksbewaffnung auf. Dem Aufruf folgten am 5. Januar 1919 über 100.000 Menschen, u.a. besetzten sie die großen Berliner Zeitungsverlage. Die Obleute der aufständischen Arbeiter und Soldaten beschlossen im Revolutionsausschuss am selben Tag den bewaffneten Kampf zum Sturz der sozialdemokratischen Regierung und riefen das „revolutionäre Proletariat“ zur Eroberung der Macht auf. Während sich die Mehrzahl der Soldaten neutral verhielt, begann am folgenden Tag ein Generalstreik der Berliner Arbeiter. Deutschlandweit kam es zu Streiks und zu bewaffneten Zusammenstößen. Allerdings mangelte es den Aktionen und Kämpfen an Koor-

dinierung. Zudem gelang es nicht, die Mehrheit der Arbeiter mitzureißen und in die Kämpfe einzubeziehen. Mit dem Angriff von Regierungstruppen begann am 8. Januar in Berlin die Niederschlagung des Aufstands. Bis zum 12. Januar 1919 wurden die besetzten Zeitungsverlage und das Polizeipräsidium geräumt und der Aufstand blutig niedergeschlagen. Am 15. Januar fielen Luxemburg und Liebknecht, die in der „Roten Fahne“ Aufrufe für die Revolution verfasst und die Entwicklung erheblich beeinflusst hatten, den Regierungstruppen in die Hände und wurden in das Berliner Hotel Eden verbracht, dem Stabshauptquartier der Freikorps. Beide wurden misshandelt und ermordet. Die Mörder warfen die Leiche Luxemburgs in den Landwehrkanal, wo sie erst ein halbes Jahr später aufgefunden wurde.

Vor allem Luxemburg genießt nicht nur in linksextremistischen Zusammenhängen, sondern auch darüber hinaus großes Ansehen als bedeutende marxistische Theoretikerin, sozialistische Persönlichkeit und emanzipierte Frau.<sup>1</sup> Auf sie berufen sich sowohl Sozialisten als auch Kommunisten. So heißt es bspw. in dem Standardwerk von Peter Nettl:

*„Die Kommunisten heben die revolutionäre Seite ihres Denkens hervor; während die Sozialisten darauf verweisen, dass sie die Gewinnung der Mehrheit, kurz: die Demokratie, als unerlässlich ansah. Wegen der tiefen Kluft zwischen den beiden Parteien bestehen beide auf ausschließlichem Besitz.“<sup>2</sup>*

Obgleich Mitgründerin der KPD - sie hatte sich allerdings ursprünglich für den Namen „Sozialistische Partei“ eingesetzt - ist die Wertschätzung Luxemburgs in der traditionskommunistischen Bewegung nicht ungebrochen. Ihr wurde eine fehlerhafte Analyse, ein Abweichen vom Marxismus vorgeworfen, insbesondere in ihren Kontroversen mit Lenin, in der sie u.a. gegenüber dem Leninschen Modell der Avantgardepartei für die Selbstorganisation der Massen eintrat (sog. Spontaneitätstheorie). Im Zeichen der Bolschewisierung der KPD in den 1920er Jahren wurde explizit zu einem „Kampf gegen den Luxemburgismus“ aufgerufen, gipfelnd in der Äußerung der damaligen Vorsitzenden Ruth Fischer, der Luxemburgismus sei die „Syphilis der Arbeiterbewegung.“<sup>3</sup>

In dem von Luxemburg verfassten ersten KPD-Programm erkennt der Kommunismusforscher Hermann Weber denn auch einige auffällige Unterschiede zur Vorgehensweise der russischen Bolschewisten (Stellung der Partei in der Massenbewegung, Methode der Machteroberung und Rolle des Terrors).<sup>4</sup> Überhaupt sei auf dem Gründungsparteitag die Aufgabenstellung der heterogenen Organisation unterschiedlich gedeutet worden, „nämlich ‚luxemburgistisch‘ oder ‚leninistisch‘“.<sup>5</sup>

1 Die Historikarin Brigitte Seebacher-Brandt bspw. ist davon überzeugt, dass Luxemburg, hätten die Mörder ihr Opfer verfehlt, keine „parteitreue Kommunistin“ geworden wäre: „Wenn sie nicht ... zur SPD hätte zurückfinden mögen, vielleicht wäre sie Professorin in Harvard geworden.“ (Rosa und Karl – oder: die Legende, die (k)eine ist, in: Uwe Backes/ Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie, Band 15 (2003), Baden Baden 2003, S. 378-380, hier S. 379f.

2 Peter Nettl, Rosa Luxemburg, dt. Köln Berlin 1967, S. 518f.

3 Vgl. Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976, S. 72, hier zit. n.. Frank Deppe, Hannah Arendt und das politische Denken im 20. Jahrhundert, in: UTOPIE kreativ, Heft 201/202, Juli/August 2007, S. 681-697, hier S. 694. Vgl. auch Peter Nettl, a.a.O., S. 765, 770.

4 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt Wien 1969, S. 31

5 Vgl. Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland 1918-1945 (Erträge der Forschung, Band 198), Darmstadt 1983, S. 41

Luxemburg hatte – wiewohl sie die Bedeutung Lenins anerkannte – bereits in der Schrift „Zur russischen Revolution“ dessen antidemokratische Maßnahmen problematisiert und abgelehnt:

*„Hingegen ist es eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, dass ohne freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist.“*

*„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.“*

*„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“<sup>6</sup>*

Gleichwohl blieb Luxemburg eine marxistische Revolutionärin, indem sie behauptete, sozialistische Demokratie sei „nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. Jawohl: Diktatur. ... Aber diese Diktatur muss das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein“.<sup>7</sup>

Entsprechend widersprüchlich und selektiv gingen auch die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) und die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) mit den Schriften Luxemburgs um, wie ein kurzer Blick in deren Editionsgeschichte belegt.

Erst 1970 wurde in der DDR mit der Ausgabe der „Gesammelten Werke“ begonnen. In deren Band 4 wurde 1974 zum ersten Mal von einem deutschen orthodox-kommunistischen Verlag der oben erwähnte leninkritische Aufsatz „Zur russischen Revolution“ publiziert – selbstverständlich nicht ohne ein „kritisches“ Vorwort.

Der DKP-nahe „Verlag Marxistische Blätter“ nahm den entsprechende Aufsatz nicht in die 1971 herausgegebenen „Ausgewählten politischen Schriften in drei Bänden“ auf. Im Vorwort wurde gar behauptet, Luxemburg habe ihre Ansichten zur russischen Revolution nach der Niederschrift geändert, und der Aufsatz sei gegen den Widerstand engster Mitstreiter Luxemburgs nach ihrem Tod publiziert worden:

*„Rosa Luxemburgs Stellung zur Oktoberrevolution und zur Taktik Lenins ist seit langem für den Versuch missbraucht worden, sie in einen prinzipiellen Gegensatz zu Lenin, zur Sowjetunion und den kommunistischen Parteien zu bringen. Das geschah besonders eifrig in der Bundesrepublik. Aber es war in jedem Fall ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt.“<sup>8</sup>*

Die Debatte um die Bedeutung des Konflikts zwischen Luxemburg und Lenin wird auch aktuell weitergeführt und lässt durchaus Rückschlüsse auf das Demokratieverständnis der Protagonisten zu.

6 Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Rosa Luxemburg, Politische Schriften III, Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt Wien, 1968, S. 106-141, hier S. 133, 134, 139

7 Ebenda, S. 139. Vgl. zu diesem Aspekt auch: Manfred Scharrer, Freiheit ist immer ... Die Legende von Rosa und Karl, Berlin 2002

8 Josef Schleifstein, Vorwort, in: Rosa Luxemburg, Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Band 3, Frankfurt/M. 1971, S. 5-25, hier S. 20

Widersprüchliche Positionen finden sich bspw. in der Theoriezeitschrift „UTOPIE kreativ“<sup>9</sup>, wie die nachfolgenden Zitate aufzeigen. So wird in einem Beitrag von einer wesentlichen Trennlinie zwischen Luxemburg und Lenin gesprochen:

*„Für Rosa Luxemburg bedeutete Sozialismus Demokratie und Menschenrechte. Zwischen Rosa Luxemburg und Lenin sowie seinen Anhängern verläuft an diesem Punkte bis zum heutigen Tage eine wesentliche, wenn nicht gar die wesentliche Trennlinie.“<sup>10</sup>*

An anderer Stelle aber wird ein solcher Konflikt schlichtweg geleugnet. Vielmehr seien die antidemokratischen Maßnahmen Lenins nur als kurzfristige Mittel zu verstehen, um eine „Konterrevolution“ zu verhindern:

*„Nicht anders als Rosa Luxemburg, die zu Recht als Kronzeugin und Mahnerin für einen demokratischen Weg zum Sozialismus gilt, vertrat diesen Weg auch Lenin.“<sup>11</sup>*

### **3. Liebknecht-Luxemburg-Demonstration (LL-Demo)**

Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration kann auf eine lange Tradition zurückblicken.

Ursprünglich eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des „Spartakusaufstands“ (5. - 12. Januar 1919) finden Demonstrationen zu Ehren von Luxemburg und Liebknecht seit den 1920er Jahren statt. Von 1927-1933 wurden die „LLL-Wochen“ durchgeführt (das weitere L steht für Lenin).

1926 war auf dem Friedhof Friedrichsfelde nach einem Entwurf von Ludwig Mies van der Rohe ein „Revolutionsdenkmal“ errichtet worden, das die Nationalsozialisten zerstörten. 1951 ließ die DDR-Führung das „Denkmal der Sozialisten“ errichten.

Zu Zeiten der DDR war die staatlich durchorganisierte Demonstration mit einer Ehrentribüne für Partei- und Staatsführung politisch bedeutungslos. Aufsehen erregten lediglich 1988 Mitglieder von Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen durch ein Transparent mit dem Luxemburg-Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“<sup>12</sup>, einer Intention, die der realen SED-Politik diametral entgegenstand.

Nachdem Anfang der 1990er Jahre noch Zehntausende an der Demonstration teilgenommen hatten, ging die Zahl in den folgenden Jahren kontinuierlich zurück.

An der diesjährigen Demonstration „Nichts und niemand ist vergessen - Aufstehen und widersetzen“ beteiligten sich ca. 3.500 Personen (nach Pressemeldungen: 10.000), vorrangig aus orthodox-kommunistischen sowie trotzkisti-

9 Sie wird von der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ herausgegeben und steht der Partei „DIE LINKE.“ nahe.

10 Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und „gewisse Fragen“, in: UTOPIE kreativ, Heft 193, November 2006, S. 995-1002, hier S. 1001

11 Zu Lenins demokratischer Strategie auf dem Weg zum Sozialismus: 1917 und 1921, in: UTOPIE kreativ, Heft 205, November 2007, S. 1032-1039, hier: S. 1032

12 Zitat aus Luxemburgs Schrift „Die russische Revolution“.

schen, maoistisch-stalinistischen und autonomen Organisationen und Zusammenhängen.<sup>13</sup> Die „Antiimperialistische Aktion“, ein Bündnis sozialrevolutionärer Gruppen, hatte dazugerufen, einen „Antiimperialistischen Block“ zu bilden (Motto: „Dem Imperialismus entgegenzutreten“). Die Veranstaltung war von einem Mitglied des Berliner Landessprecherrates der „Kommunistischen Plattform der Partei ‚DIE LINKE.‘“ (KPF) angemeldet worden.

Süffisant beschrieb die Zeitung „jungle World“ das Teilnehmerfeld:

*„Aus ‚Liebe zum Kommunismus‘<sup>14</sup> frieren verirrte Autonome wie jedes Jahr gemeinsam mit den Stasi-Spitzeln von gestern, den Gulag-Wärtern von morgen, mit Antiimperialisten und Antizionisten, Nationalbolschewisten und Sozialdemokraten gegen die herrschende Klasse.“<sup>15</sup>*

In den Aufrufen zur Demonstration wurde einerseits pathetisch beschworen, Luxemburg und Liebknecht stünden für eine „revolutionäre Perspektive“, für die „Notwendigkeit den Kapitalismus revolutionär zu überwinden und menschliches Zusammenleben jenseits von kapitalistischer Vergesellschaftung kommunistisch zu organisieren.“<sup>16</sup> Andererseits wurden aktuellen Politikfelder linksextremistischer Zusammenhänge thematisiert, wie z.B. Internationalismus (erwähnt werden insbesondere die „Völker Iraks und Palästinas“), Anti-Kriegs-Politik und „Beschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung“.<sup>17</sup>

Für Diskussionsstoff sorgte ein vom Berliner Landesvorstand der Partei „DIE LINKE.“ unterstützter Aufruf, auch an dem Gedenkstein „Den Opfern des Stalinismus“<sup>18</sup> Nelken niederzulegen.

Während in der Zeitung „Neues Deutschland“ kontrovers diskutiert wurde, veröffentlichte die „junge Welt“ mehrere Berichte und Stellungnahmen gegen diese Initiative, u.a. zitierte sie Ellen Brombacher vom Sprecherrat der KPF und die stellvertretende Vorsitzende der DKP, Nina Hager. Die Gegner einer entsprechenden Würdigung argumentierten, der Gedenkstein stelle einen Kontrast vor dem antikommunistischen Zeitgeist dar, seine Inschrift sei zu allgemein und zudem beliebig auslegbar.<sup>19</sup>

Der Berliner Bezirksvorstand der DKP sieht in der Bezeichnung Stalinismus einen „politischen Kampfbegriff“, der darauf gerichtet sei, „die revolutionären Ideen und die revolutionären Aktionen der Arbeiterbewegung“ zu diskreditieren. Er sei ein Instrument, mit dem der „Antikommunismus in aggressiver Weise“ verbreitet werde.<sup>20</sup>

Presseberichten zufolge gedachten führende Vertreter der Partei „DIE LINKE.“ auch den Opfern des Stalinismus. Andererseits ist es dort - wie bereits

13 Die Veranstalter selbst sprechen von einem Bündnis aus ca. 50 Initiativen und Parteien.

14 So der Titel des Aufrufs der „Antifaschistischen Linken Berlin“ (ALB)

15 jungle World Nr. 2 vom 10. Januar 2008

16 „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB), Aus Liebe zum Kommunismus, in: <http://arab.antifa.de> (08.01.2008).

17 Vgl. Aufruf der Veranstalter; [www.ll-demo.de](http://www.ll-demo.de) (Stand: 08.01.2008).

18 Der Gedenkstein war vom „Förderkreis der Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde“ gestiftet und 2006 vom Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses eingeweiht worden.

19 Vgl. „Einheit bei Liebknecht-Luxemburg-Demo gestört“. Während Neonazis ermordete Sozialisten verhöhnern, debattiert die linke über Gedenken an „Opfer des Stalinismus“, in: junge Welt vom 29.12.2007

20 Vgl. DKP-Bezirksvorstand Berlin, Erklärung zur Gedenkstätte der Sozialisten, in: [www.dkp-berlin.info](http://www.dkp-berlin.info) (21.01.2008)



im Jahr zuvor - zu Protesten gekommen, bei denen der Gedenkstein von einzelnen Demonstranten geschändet wurde.<sup>21</sup>

In der Partei „DIE LINKE.“ wurden daraufhin unterschiedliche Positionen deutlich. Der Bundesvorstand veröffentlichte eine Erklärung, in der die „tätlichen und für die Betroffenen beängstigenden Szenen“ verurteilt und eine „ehrlche, die Partei übergreifende Geschichtsdebatte“ gefordert wurde. Der „unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System“ gehöre zum Gründungsverständnis der Partei.<sup>22</sup> Hingegen beharrte die Kommunistische Plattform auf ihrer ablehnenden Haltung: „Ein Stein, der pauschal an alle erinnert, die unter Stalin zu Tode kamen oder Haftstrafen verbüßten, ist für uns inakzeptabel.“<sup>23</sup>

#### 4. „Rosa-Luxemburg-Konferenz“

Die erste „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ fand 1996 statt, initiiert von der Tageszeitung „junge Welt“; sie wird traditionell am zweiten Samstag im Januar in Berlin durchgeführt.

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, über die „Aktualität des Werkes von Rosa Luxemburg, über linke Theorie und Politik, Geschichte und Gegenwart anti-imperialistischer Bewegungen und Perspektiven gesellschaftlicher Veränderungen“ zu diskutieren. Alle Konferenzbesucher vereine „die Suche nach Wegen, die mörderische neoliberale Entwicklung zu durchbrechen, der Wille, den Kapitalismus zu überwinden und die Einsicht in die Notwendigkeit einer sozialistischen Perspektive“.<sup>24</sup>

Einen über die Szene hinausreichenden Bekanntheitsgrad hatte die Veranstaltung im vorigen Jahr erreicht, als eine fundamentale Kapitalismuskritik des ehemaligen Angehörigen der „Roten Armee Fraktion“ (RAF), Christian Klar, verlesen worden war.

Auch in diesem Jahr veranstaltete die „junge Welt“, unterstützt unter anderem von orthodox-kommunistischen und autonomen Zusammenhängen und mit gewohnt starker internationaler Beteiligung am 12. Januar 2008 die „XIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz“ („Klasse für sich. Unsere Politik. Unsere Kultur. Unsere Medien“). Anwesend waren mehr als 2.000 Personen.

In der „jungen Welt“, die eine Serie von Beiträgen veröffentlichte, die auf die Konferenz einstimmen sollten, hieß es: „Die Kämpfe gegen die sozialen und kulturellen Verwüstungen des zeitgenössischen Kapitalismus haben die Industrieländer erreicht.“<sup>25</sup> U.a. erhielt der DKP-Theoretiker Hans Heinz Holz Gelegenheit seine Anschauungen von der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt und der Unabdingbarkeit einer kommunistischen Partei zu propagieren:

*„Das praktische Medium, in dem sich die Klasse ... als politische Wirklichkeit formiert, ist die Organisation, in der sich die Selbster-*

21 Vgl. Berichterstattung in Tagesspiegel und junge Welt vom 14.01.2008 sowie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14.01.2008 und 29.01.2008.

22 Vgl. <http://www.jungewelt.de> (01.02.2008)

23 Vgl. Prioritäten. Nachbetrachtungen zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung 2008, in: <http://www.die-linke.de> (07.02.2008). Auch in diesem Text wird allerdings das Verhalten derjenigen, die den Gedenkstein schändeten, „kategorisch“ abgelehnt.

24 Vgl. Über die Konferenz, in: <http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de> (03.01.2008)

25 junge Welt vom 08.01.2008

*kenntnis im gemeinschaftlichen Handeln und gegenseitiger Kritik der Einzelnen bildet: die Partei. Nur organisiert gibt es Klassenkampf, nur parteilich ein revolutionäres Ziel.*“<sup>26</sup>

Holz gehörte zudem zu den Teilnehmern einer Podiumsdiskussion zur Organisationsfrage (Thema „Brauchen wir neben der Partei Die Linke eine marxistische Organisation?“), an der auch Sahra Wagenknecht (Mitglied im Vorstand der Partei „DIE LINKE.“ und im Bundeskoordinierungsrat der KPF) und Markus Mohr (Autonomer) teilnahmen.

Dabei betonte Wagenknecht, „DIE LINKE.“ müsse mit „allen Kräften zusammenarbeiten“, die sich in diesem Land als „links“ verstünden. Während Holz in der Programmatik der Partei „DIE LINKE.“ dezidierte Bekenntnisse zu einer „sozialistischen Alternative“ und der „historische Mission der Arbeiterklasse“ vermisste, verwies Wagenknecht auf die erste Sitzung der Programmdiskussion, in der keiner „gewagt“ habe, zu widersprechen, „dass das Spezifikum der neuen Linken darin bestehen muss, dass sie eben diese Systemfrage stellt“.

Holz und Mohr diskutierten kontrovers über die Relevanz von „Bewegungen“. Mohr sah in der Bemerkung von Holz, Bewegungen seien immer wieder „versandet, weil sie keine politischen Organisationen“ gewesen seien, sein 30-jähriges politisches Engagement abqualifiziert:

*„Du katapultierst dich raus aus dem Widerstand gegen autoritäre Strukturen. Es ist doch eine gesellschaftspolitische Bankrotterklärung, wenn man sagt, Bewegungen seien keine politische Organisation.“*<sup>27</sup>

Weitere Programmpunkte der Konferenz waren kulturelle Darbietungen sowie Vorträge, u.a. von der Generalsekretärin der KP Griechenlands Aleka Papariga.

## 5. Rechtsextremistische Aktivitäten

Rechtsextremisten versuchten im Zusammenhang mit der LL-Demo auf sich aufmerksam zu machen.

So meldete der NPD-Landesverband Berlin eine Demonstration unter dem Motto „Gegen das Vergessen - Freikorps, Soldaten für Deutschland“ für den 13. Januar 2008 in Berlin-Lichtenberg an, die jedoch verboten wurde. Das Motto, das positiv auf die Mörder der beiden KPD-Gründer Bezug nimmt, unterstreicht den provokativen Charakter der Gegendemonstration. In dem Aufruf stellte die NPD die Freikorps in eine lange „Ehrenreihe unvergänglichen deutschen Soldaten- und Heldentums“. Ihnen sei es zu verdanken, dass dem „Blutausch des Kommunismus“ ein Ende bereitet worden sei.<sup>28</sup> Die NPD stellte zudem im Bezirksparlament Berlin-Lichtenberg den - letztlich abgelehnten - Antrag, einen Platz nach Waldemar Pabst zu benennen, demje-

26 Hans Heinz Holz, Klasse - an und für sich. Zur Lage der Arbeitenden heute. Eine politische Ortsbestimmung, in: junge Welt vom 10. Januar 2008

27 Vgl. zum Inhalt der Debatte: Eine Partei für alle? Brauchen wir neben der Partei Die Linke eine marxistische Organisation? Auszüge aus der Podiumsdiskussion der XIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, in: junge Welt vom 14. Januar 2008

28 Vgl. [www.berlin.npd.de](http://www.berlin.npd.de). Der Text wurde nach dem Demonstrationsverbot gelöscht.

nigen Offizier, der die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs angeordnet hatte.

## 6. Wertung

Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen haben nach wie vor einen hohen Symbolwert für den deutschen Linksextremismus in seinen unterschiedlichen Schattierungen. Allerdings konnte auch ein „antifaschistischer“ Abwehrreflex auf die wenig realistischen rechtsextremistischen Provokationsversuche die zuletzt nur noch geringen Teilnehmerzahlen nicht steigern.

Aktuell werden insbesondere Schriften Luxemburgs und Liebknechts gegen den imperialistischen Krieg rezipiert.

Vor allem Luxemburg vereint anspruchsvolle Theorieproduktion mit revolutionärer Emphase. Da sie zu einem Zeitpunkt ermordet wurde, als sich die russische Revolution noch in einem frühen Stadium befand und Verbrechen des sowjetischen Kommunismus sich ebenso wie Fraktionierungen erst abzeichnen begannen, wird sie von verschiedenen Strömungen des Linksextremismus als Referenzperson in Anspruch genommen. Lebenswerk und lenin-kritische Position machen sie über den Linksextremismus hinaus zu einer respektierten Persönlichkeit, insbesondere, wenn einige ihrer Ausführungen in einem zeitgeschichtlichen Kontext gewertet werden.

Die Gruppen, die sich einer kritischen Debatte über den Stalinismus (und dem ihm zugrunde liegenden Marxismus-Leninismus) weiterhin verweigern, können sich angesichts der Kritik Luxemburgs an Lenin und der gegen den „Luxemburgismus“ geführten Kampagne nur auf sie berufen, indem sie diesen Teil der Biografie ausklammern. In der Auseinandersetzung über den Stalinismus (und in anderen Debatten zur Geschichte der DDR) manifestiert sich eine Form des Geschichtsrevisionismus, die gerade von denjenigen Kräften getragen wird, die nicht müde werden, in anderen Zusammenhängen entsprechende Vorwürfe gegen Demokraten zu erheben.

Die Haltung zum Stalinismus bleibt jedenfalls ein wichtiger Gradmesser für einen möglichen Wandlungsprozess linksextremistischer Positionen. Zwischen DKP, „Kommunistischer Plattform“ und der Zeitung „junge Welt“ auf der einen und der Führung der Partei „DIE LINKE.“ auf der anderen Seite werden in dieser Frage Unterschiede deutlich.